

europa.ch

Das Magazin der Europäischen Bewegung Schweiz | Nr. 2/2023



Interview mit Marija Pejčinović Burić, Generalsekretärin des Europarats:

«Ohne den Europarat würden unsere Rechte und Freiheiten verkümmern.» Seiten 6–8

INHALT

HINTERGRUND

- 3 Die Schweiz und der Europarat
- 4 Welche Rolle spielt der Europarat im neuen europäischen Paradigma?
- 5 «Das Gewissen Europas»
- 6 Interview mit Marija Pejčinović Burić
- 9 Eine Institution zum Schutz unserer gemeinsamen Werte

AKTIVITÄTEN DER BEWEGUNG

- 10 Zukunft wählen, für eine starke Europa-Koalition im Parlament
- 11 Eine Woche in Brüssels Warteraum

SEKTIONEN

- 12 Die Wiederentdeckung eines europäischen Gefühls

YOUNG EUROPEAN SWISS

- 13 20 Jahre «Challenge Europe» – Europapolitik vor Ort erleben

INTERNATIONAL

- 14 Europawahlen 2024 – eine Richtungsentscheidung für unseren Kontinent

NICHT VERPASSEN

- 15 Neuste Publikation
- 15 Neuste Podcastfolgen
- 15 Neuster Blog-Beitrag

Engagiert in Strassburg

Liebe Leserin, lieber Leser,

Als Delegationsmitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats werde ich oft gefragt: «Weshalb ist die Schweiz in Brüssel vertreten, obwohl wir nicht in der EU sind?» Der Europarat wird gerne mit der Europäischen Kommission oder dem Europäischen Parlament verwechselt: Beides Institutionen der Europäischen Union, in welchen wir als Nicht-EU-Mitglied keinen Einsitz haben. Was bedauerlich ist, weil die meisten Gesetze, welche im Europäischen

deren Vizepräsidentin ich seit Januar 2023 bin, ist das Monitoring. Dabei wird geprüft, ob die Mitgliedstaaten die Verpflichtungen einhalten, welche sie mit ihrem Beitritt zum Europarat eingegangen sind. Dazu gehören Wahlbeobachtungsmissionen, an denen wir regelmässig teilnehmen. Die Parlamentarische Versammlung wählt ausserdem das Generalsekretariat des Europarats sowie die Richter:innen am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.



© Schweizer Parlament

Sibel Arslan,

Vize-Präsidentin der Europäischen Bewegung Schweiz, Nationalrätin und Vize-Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

Parlament beschlossen werden, auch uns in der Schweiz tangieren und wir die meisten Gesetze übernehmen.

Der Europarat, mit Sitz in Strassburg, ist eine internationale Organisation, die sich mit dem Schutz der Menschenrechte, der Förderung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in den 46 Mitgliedstaaten befasst. In diesem Rahmen werden zwischenstaatliche, völkerrechtlich verbindliche Abkommen abgeschlossen, wie die Europäische Menschenrechtskonvention oder die «Istanbul-Konvention» zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt.

Seit ihrem Beitritt im Jahr 1963 leistet die Schweiz einen wichtigen Beitrag zum Ziel des Europarats, die europäische Einigung und Zusammenarbeit zu fördern. Die diplomatischen Bemühungen im Europarat waren oft darauf ausgerichtet, Differenzen zu überbrücken und eine gemeinsame Basis zwischen den Staaten zu finden.

Ein wichtiger Teil der Arbeit der Parlamentarischen Versammlung des Europarats,

Der Europarat hat unserem Kontinent zu enormen Fortschritten verholfen. In der Schweiz, wie auch in vielen anderen europäischen Ländern, hat er wesentlich zur Modernisierung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte sowie zum Aufbau einer auf dem Recht basierenden europäischen Sozialordnung beigetragen. 74 Jahre nach seiner Gründung ist der Europarat nach wie vor die wichtigste Organisation zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Europa.

Der Europarat hat auch eine besondere Bedeutung für die Schweiz, da er uns eine Plattform bietet, um Grundwerte wie Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu wahren und gleichzeitig die Zusammenarbeit, Konfliktlösung und den Austausch mit unseren europäischen Nachbarn zu erleichtern. Der Europarat ermöglicht es der Schweiz, engagiert an der Gestaltung der Zukunft Europas mitzuwirken, obwohl sie kein EU-Mitglied ist. ★

Die Schweiz und der Europarat

von **René Schwok**, ordentlicher Professor am Global Studies Institute und am Department für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen der Universität Genf

Im Vergleich zu anderen westeuropäischen Staaten ist die Haltung der Schweiz gegenüber dem Europarat alles andere als banal. Denn einerseits gehört die Eidgenossenschaft zu den Ländern, die einst die stärksten Vorbehalte gegen ihn geäussert haben. Andererseits hat sich die Schweiz intensiv für diese Institution engagiert.

Grosse Vorbehalte der Schweiz

Die Schweiz war eingangs der 1960er-Jahre das einzige demokratische Land in Europa, das sich weigerte, dem Europarat beizutreten. Der Bundesrat, an absoluter Neutralität orientiert, erachtete die Organisation als zu supranational und militärisch fokussiert. Der für auswärtige Angelegenheiten zuständige Bundesrat Max Petitpierre hatte dem Europarat sogar diskret mitgeteilt, dass er kein Einladungsschreiben zum Beitritt erhalten wolle – um nicht offiziell ablehnen zu müssen.

Die Schweiz zeichnet sich auch weiterhin dadurch aus, dass sie als eines der wenigen westeuropäischen Länder die revidierte Europäische Sozialcharta nicht ratifiziert hat. Die zahlreichen Versuche, diese Ratifizierung herbeizuführen, sind alle gescheitert. Die Hoffnungen waren gross, als die Schweiz 1976 die Charta endlich unterzeichnete (aber nicht ratifizierte). In der Zwischenzeit war diese jedoch revidiert worden, und das Schweizer Parlament lehnte eine Ratifizierung trotz Druck aus linken Kreisen und positivem Bericht des Eidg. Departements für auswärtige Angelegenheiten (2014) ab.

Und die Schweiz entscheidet sich darin, dass sie der einzige Staat ist, in dem die Bürger:innen indirekt über einen Austritt aus der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) abgestimmt haben. Eine Annahme der SVP-Initiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» hätte nämlich dazu geführt, dass die Schweiz aus dem Europarat hätte austreten müssen, weil die Mitgliedschaft die Übernahme der EMRK voraussetzt. Letztlich lehnten 66,3% diese Initiative 2018 ab.

Intensives Engagement

Dennoch hat die Schweiz oft ein starkes Engagement im Europarat gezeigt. Dies dank individueller Initiative einiger Parlamentarier:innen und dem Wunsch, die internationale Marginalisierung zu mindern. Der Beitritt der Schweiz zum Europarat im Jahr 1963 erfolgte, nachdem der Bundesrat gewahrt wurde, dass in Europa neue Formen der Integration ohne Schweizer Beteiligung entstanden waren. So war die 1958 ins Leben gerufene Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) erfolgreicher als erwartet. Auch der französische Präsident Charles de Gaulle, der anfangs dagegen war, wollte nun den Beitritt Frankreichs zur EWG. Das Vereinigte Königreich hatte gerade erst die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) mit der Schweiz gegründet, als es darum bat, diese wieder zu verlassen und der EWG beizutreten (1961). Es ist also verständlich, dass der Bundesrat das dringende Bedürfnis hatte, die Schweiz aus ihrer diplomatischen Isolation herauszuführen. Umso mehr, als sie weder Mitglied der Vereinten Nationen (UNO) noch der NATO war.

Im Kontext des beendeten Kalten Kriegs und der in Volksabstimmungen gescheiterten Versuche, den Vereinten Nationen (1986) und dem System der Europäischen Union (EWR, 1992) beizutreten, zeigten sich der Bundesrat sowie viele Parlamentarier:innen in den 1990er-Jahren sehr engagiert: Die Schweiz hatte damals kaum andere Möglichkeiten als den Europarat, um auf der europäischen Bühne aktiv zu werden.

Dies führte oft dazu, dass nicht nur Diplomaten:innen, sondern auch Parlamentarier:innen kreative Lösungen vorschlugen, um die Länder des ehemaligen kommunistischen Blocks, die vor allem von der NATO und der EU angetan waren, stärker einzubinden. Man beteiligte sich auch an zahlreichen Initiativen, um mehr Gerechtigkeit und Menschenrechte in die Länder zu bringen, die von den Konflikten im ehemaligen Jugoslawien betroffen waren. ★



© René Schwok

RENÉ SCHWOK ist ordentlicher Professor am Global Studies Institute und am Departement für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen der Universität Genf. Er war auch Direktor des Global Studies Institute und des Masterstudiengangs in European Studies. Derzeit ist er Direktor des Master of Advanced Studies in International Security und hält einen Jean-Monnet-Lehrstuhl für Politikwissenschaft. René Schwok ist auf Fragen im Zusammenhang mit der Aussendimension der Europäischen Union, den Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union sowie der Sicherheit in Europa spezialisiert. Er hat rund 20 Bücher und 100 Artikel veröffentlicht, hauptsächlich zu Fragen der europäischen Integration.



Welche Rolle spielt der Europarat im neuen europäischen Paradigma?

von **Claude Wild**, Botschafter und Ständiger Vertreter der Schweiz beim Europarat

Die russische Aggression gegen die Ukraine hat Europa in eine neue Ära geführt. Sie hat die multilateralen Instanzen dazu veranlasst, sich neu zu überdenken. In diesen instabilen Zeiten ist der Europarat unverzichtbarer denn je, um den Vormarsch autoritärer Regime einzudämmen und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte auf unserem Kontinent am Leben zu erhalten.



© EDA

CLAUDE WILD ist Botschafter und seit 2023 Ständiger Vertreter der Schweiz beim Europarat in Strassburg. Zuvor war er als Botschafter Missionschef an der Schweizer Botschaft in der Ukraine und Moldawien in Kyiv (2019–2023), Missionschef an der Ständigen Vertretung der Schweiz bei der OSZE, den Vereinten Nationen (UNO) und anderen internationalen Organisationen in Wien (2015–2019) und Chef der Abteilung Menschliche Sicherheit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) in Bern tätig. Darüber hinaus war er bereits in Ottawa, Brüssel, Moskau und Lagos tätig. Claude Wild wurde in Lausanne geboren und studierte internationale Beziehungen am Graduate Institute in Genf, bevor er 1992 als Diplomat ins EDA eintrat.

Der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 bedroht die europäische Sicherheit als Ganzes und die Grundwerte der modernen europäischen Zivilisation: Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Genau diese Werte schützt, bewahrt und fördert der Europarat.

Ein Paradigmenwechsel

Der mit der russischen Aggression vollzogene Paradigmenwechsel in Europa verpflichtet die Mitglieder des Europarats, sich auf ihre Werte zu besinnen. Um diesen gemeinsamen Willen zu bekräftigen, fand am 16. und 17. Mai 2023 in Reykjavik das vierte Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschef:innen des Europarats statt. An diesem Treffen, dem ersten dieser Art seit 2005, wurden die Weichen für einen erneuerten, wegweisenden und gestärkten Europarat gestellt, der seine Rolle als Hüter einer demokratischen, rechtsstaatlichen und sozialen Ordnung für die Menschen in Europa wahrnimmt und wirksam auf die aktuellen Herausforderungen reagiert, die der Krieg in der Ukraine mit sich bringt.

Der Europarat bekräftigte seinen Willen, die Ukraine bei ihren Anstrengungen gegen die russische Aggression zu unterstützen; ebenso in der Wiederaufbauphase. Dies insbesondere mit einem neuen Aktionsplan, mit einem Register für die verursachten Schäden durch die russische Aggression sowie mit bestmöglichem Schutz der ukrainischen Kinder. Darüber hinaus will sich der Europarat vermehrt auf seine Kernkompetenzen konzentrieren. Die Mitgliedstaaten des Europarats bekräftigten ihr Engagement für das System der Europäischen Menschenrechtskonvention und

erklärten sich bereit, die Instrumente auszubauen, die es braucht, um die Umsetzung der verbindlichen Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu überwachen.

Ausserdem wurden in Reykjavik die zentralen Prinzipien der Demokratie im 21. Jahrhundert sowie die Bedeutung der Parlamentarischen Versammlung und des Kongresses der Lokal- und Regionalbehörden des Europarats unterstrichen. Denn ein kohärenter Nationalstaat, der Rechte und Freiheiten garantiert, beruht auf einer lebendigen Demokratie sowie auf gut funktionierenden regionalen und lokalen Gemeinschaften, wo das tatsächliche Leben der Menschen stattfindet. Der Gipfel brachte auch eine neue Aufmerksamkeit für die Beziehung zwischen Menschenrechten und künstlicher Intelligenz einerseits – und zwischen Menschenrechten und Umwelt mit Fokus auf den Klimawandel andererseits.

Die Zukunft des Europarats

Der Europarat befindet sich zugleich in einer Phase der Konsolidierung und des Wandels, die es ihm ermöglichen soll, der durch den russischen Angriff auf die Ukraine eingeleiteten Zeitenwende angemessen zu begegnen.

Vor dem Hintergrund dieser neuen geopolitischen und sicherheitspolitischen Lage in Europa feierte die Schweiz am 6. Mai 2023 den 60. Jahrestag ihrer Mitgliedschaft im Europarat. Die Schweiz ist überzeugt, dass der Europarat in diesen unsicheren Zeiten unverzichtbarer ist denn je, um den Vormarsch autoritärer Regime einzudämmen sowie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte im zeitgenössischen Europa zum Nutzen aller Menschen auf unserem Kontinent weiterleben zu lassen. ★

«Das Gewissen Europas»

von **Damien Cottier**, Nationalrat, Präsident der Schweizer Delegation und der Kommission für Rechtsfragen und Menschenrechte in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

Vor 75 Jahren legte der Haager Kongress den Grundstein für den Europarat. Ziel: Durch die Entwicklung von Demokratie und individuellen Freiheiten einen weiteren Krieg undenkbar machen. Der Schweizer Denis de Rougemont spielte dabei eine zentrale Rolle.

Die Schweiz trat 1963 einer Organisation bei, die der damalige deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer als das «Gewissen Europas» bezeichnete. Seit ihrem Beitritt hat sich die Schweiz unermüdlich in einer Organisation engagiert, die für die Menschen in Europa wirklich etwas bewirkt. Und zwar auf allen Ebenen – vom Ministerkomitee über die Expertenausschüsse bis hin zu den angegliederten Institutionen, der Parlamentarischen Versammlung oder dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Das Geschenk zur 60-jährigen Mitgliedschaft der Schweiz im Europarat war eine Konferenz in Bern über die Herausforderung, Wahlen in Krisenzeiten zu organisieren. Die Ergebnisse der Konferenz wurden kürzlich veröffentlicht.

Aktive und engagierte Parlamentarische Versammlung

Jedes nationale Parlament entsendet gewählte Vertreter nach Strassburg in die Parlamentarische Versammlung. Die Schweiz stellt zwölf Vertreter aus National- und Ständerat. Die Versammlung ist fast wie ein Parlament: Sie stimmt über Resolutionen an die Staaten sowie über Empfehlungen und Stellungnahmen an das Ministerkomitee ab, stellt Letzterem Fragen, wählt die Generalsekretärin, deren Stellvertretung, die Menschenrechtskommissarin und die Richter am EGMR. Die Arbeit der Versammlung ist durch verschiedene Kommissionen strukturiert. Und die Versammlung steht stets im Dialog mit der Generalsekretärin und dem Ministerkomitee. Seit zwei Jahren habe ich das Privileg, nicht nur die Schweizer Delegation, sondern auch die Kommission für Rechtsfragen und

Menschenrechte zu leiten. Wie alle Organe des Europarats widmet auch diese Kommission dem völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine derzeit einen Grossteil ihrer Aktivitäten. Sie hat mehrere Berichte über die rechtlichen Folgen des Krieges erstellt und forderte insbesondere die Einrichtung eines internationalen Ad-hoc-Tribunals für diese Kriegsverbrechen. Die Kommission setzte sich auch für die Schaffung des kürzlich eingerichteten Schadensregisters ein, an dem die Schweiz beteiligt ist. Das Register ermöglicht den Kriegsbetroffenen in der Ukraine das Vorlegen von Beweisen, um eine (künftige) Entschädigung einfordern zu können.

Die Kommission hat sich unter anderem auch mit der Situation politischer Gefangener in Europa befasst sowie hat die unrechtmässige Verlängerung der Amtszeit des russischen Präsidenten, den Abschuss des Flugs MH17 über der Ukraine und die Verwendung der Spionagesoftware des Typs Pegasus untersucht. Zudem verfolgt sie die Umsetzung der EGMR-Rechtsprechung sehr genau – denn diese bildet das Herzstück des Menschenrechtsschutzes in Europa.

Eine wichtige Institution für unseren Kontinent

Für mich ist klar: Wenn es den Europarat nicht gäbe, müsste man ihn erfinden! Er arbeitet diskret und effektiv an der Stärkung der Demokratie, der Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit in ganz Europa. Damit trägt er grundlegend zu Frieden und Entwicklung bei. Etwas, das unsere Welt dringend braucht! Daran erinnerten mehr als 40 Staats- und Regierungschefs im Mai dieses Jahres am Gipfel in Reykjavik. Sie verabschiedeten einen Fahrplan für die Stärkung einer für unseren Kontinent so wertvollen Institution. Also, an die Arbeit! ★



© Schweizer Parlament

DAMIEN COTTIER ist seit 2019 Nationalrat und Mitglied der Staatspolitischen Kommission. Seit Anfang 2022 präsidiert er die FDP-Fraktion. Zuvor war er Mitglied des Grossen Rats in Neuenburg (1997-2008) und der Gemeindeparlamentare von Le Landeron und Hauterive (NE). Seit Januar 2020 vertritt er die Schweiz in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. In den Jahren 2022 und 2023 leitet er sowohl die Schweizer Delegation als auch die Kommission für Rechtsfragen und Menschenrechte der Versammlung. In dieser Funktion ist er Mitglied des Präsidiums. Damien Cottier war (2010-2017) Stabschef von Bundesrat Didier Burkhalter. Von 2018 bis 2020 übte er diplomatische Funktionen bei der Schweizerischen Mission bei den Vereinten Nationen (UNO) in Genf aus, wo er Leiter der Sektion für humanitäre Angelegenheiten war. In der Vergangenheit war er für *economiesuisse*, die FDP und das Schweizer Generalkonsulat in New York tätig. Damien Cottier ist zudem Präsident der *Union neuchâteloise des arts et métiers* (UNAM).

«Wir müssten den Europarat gründen, wenn es ihn nicht schon gäbe.»

Die Schweiz feiert dieses Jahr den 60. Jahrestag ihres Beitritts zum Europarat. Während in Europa wieder Krieg herrscht und die extreme Rechte auf dem ganzen Kontinent Erfolge feiert, steht die Strassburger Institution an einem Wendepunkt: Ihr Engagement für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte ist wichtiger denn je. Wir sprachen darüber mit der Generalsekretärin des Europarats, Marija Pejčinović Burić.



© Council of Europe

MARIJA PEJČINOVIĆ BURIĆ ist seit dem 18. September 2019 Generalsekretärin des Europarats. Sie wurde in Mostar geboren und hatte zuvor verschiedene politische Ämter in Kroatien inne. Sie war beispielsweise stellvertretende Ministerpräsidentin und Ministerin für auswärtige und europäische Angelegenheiten (2017–2019), Staatssekretärin im Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten (2004–2008, 2016–2017), Abgeordnete der Mitte-Rechts-Partei HDZ im Parlament (2008–2011). Zwischen 2013 und 2016 war sie als unabhängige Beraterin für europäische Politik tätig. Marija Pejčinović Burić studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Zagreb und erwarb einen Master in European Studies am Europakolleg in Brügge und Warschau.

Nach dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine wurde mit Russland das grösste Mitgliedsland aus dem Europarat ausgeschlossen. Welche Folgen hat das für das Funktionieren der Organisation und die Zusammenarbeit der verbleibenden 46 Mitgliedstaaten?

Russland ist sowohl vom Europarat als auch von allen Konventionen ausgeschlossen, die nur den Mitgliedsstaaten offenstehen, einschliesslich der äusserst wichtigen Europäischen Menschenrechtskonvention. Im Rahmen der Konvention bleibt Russland aber für alle Handlungen oder Unterlassungen, die bis zum 16. September 2022 begangen wurden, haftbar. Russland ist weiterhin völkerrechtlich verpflichtet, alle Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, die vor diesem Datum erlassen wurden, vollständig umzusetzen. Russland kann Vertragspartei der offenen Konventionen bleiben. Dies hat sich etwa bei der Lanzarote-Konvention gegen die sexuelle Ausbeutung und den Missbrauch von Kindern bewährt, deren Konventionsausschuss im Zusammenhang mit den von Russland illegal entführten ukrainischen Kindern tätig wurde. Was das Budget anbelangt, so haben unsere Mitgliedstaaten bisher die Lücke geschlossen, die durch den Austritt Russlands entstanden ist. Das ist völlig richtig: Die Organisation sollte nicht dafür bestraft werden, dass sie mit dem

Ausschluss Russlands das Richtige getan hat.

Im Mai 2023 hat in Reykjavik ein Gipfel der Staats- und Regierungschef:innen stattgefunden – der vierte Gipfel in der Geschichte des Europarats. Welche Resultate hat dieser Gipfel gebracht?

Die europäischen Staats- und Regierungschef:innen waren sich auf dem Gipfel bewusst, dass der Europarat sich den Herausforderungen stellen und noch mehr tun muss. Sie haben sich erneut zu den Grundwerten des Europarats bekannt, einschliesslich der Bedeutung der vollständigen Umsetzung der Gerichtsurteile. Es gab immer mal wieder Kritik am Gerichtshof und seinen Entscheiden. Er ist jedoch keine politische Institution: Er ist dazu da, Recht zu sprechen, und seine endgültigen Urteile müssen vollständig und rasch umgesetzt werden. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für die Rechtsstaatlichkeit. Die Staats- und Regierungschef:innen zeigten auch Einigkeit in ihrer Unterstützung für die Ukraine, insbesondere durch die Schaffung eines Schadensregisters, das alle durch die russische Aggression verursachten Verluste und Schäden erfasst. Dies wird eine spätere Entschädigung ermöglichen. Darüber hinaus vereinbarten sie, Herausforderungen wie Umwelt, Menschenrechte und künstliche Intelligenz in Angriff zu nehmen.

DROITS DE L'HOMME, DÉMOCRATIE ET ETAT DE DROIT



Ich bin sehr zufrieden mit dem Ergebnis und hoffe, dass unsere Mitgliedstaaten diesem Beispiel folgen und die Beschlüsse zügig umsetzen werden.

Warum braucht es den Europarat heute noch?

Weil ohne ihn die Rechte und Freiheiten, die wir tagtäglich geniessen, verkümmern würden – vom Recht auf Leben bis zur Meinungsfreiheit, vom Recht auf unser Privat- und Familienleben bis zur Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit – und zur Vereinigungsfreiheit, um nur einige zu nennen. Dass ich Ihre Fragen frei beantworten kann und Sie sie ohne Angst veröffentlichen dürfen, ist auch den vom Europarat geförderten Werten und Normen zu verdanken. Diese sind wesentlich für unsere Lebensweise, wie wir sie in Europa seit über 70 Jahren kennen. Im Gegensatz dazu zeigt die Aggression Russlands gegen die Ukraine auf dramatische Weise, was passiert, wenn sich ein Land von diesen Werten und Normen abkoppelt. Der Europarat wird also weiterhin gebraucht. Wir müssten ihn sogar gründen, wenn es ihn nicht schon gäbe.

Der Europarat befasst sich mit der Förderung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Diese drei Grundsätze stehen derzeit stark unter Druck. Wie schätzen Sie die Lage in Europa ein?

Sie haben Recht: Ohne die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ist der Friede in Europa in Gefahr. Der demokratische Rückschritt nimmt viele Formen an: zunehmende Gewalt gegen Journalist:innen; Gesetze und Initiativen zur Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Engagements und der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit; ein polarisiertes politisches Umfeld, in dem Hassreden online wie offline zunehmen und sich häufig gegen Frauen und eine Reihe von Minderheiten und benachteiligten Gruppen richten. Diese und andere negative Phänomene sind in Europa nur allzu präsent. Wir müssen deshalb die Standards des Europarats anwenden und den notwendigen politischen Willen zeigen, um den Trend umzukehren.

Nicht nur innerstaatliche Entwicklungen gefährden Demokratie und Menschenrechte vielerorts, auch die Digitalisierung bringt neue Herausforderungen. Wie ist etwa künstliche Intelligenz kompatibel mit Menschenrechten und Demokratie?

Die Vorteile der künstlichen Intelligenz (KI) zu nutzen und die Gefahren einzudämmen, ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Aus diesem Grund arbeitet der Europarat an einem internationalen Vertrag über Aufbau, Entwicklung und Nutzung von KI-Systemen, der auf beste-

“

«Dass ich Ihre Fragen frei beantworten kann und Sie sie ohne Angst veröffentlichen dürfen, verdanken wir auch den vom Europarat geförderten Werten und Normen.»



Rede von Generalsekretärin Marija Pejčinović Burić vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, die im Plenarsaal des Gebäudes des Europäischen Parlaments in Strassburg tagt.

“

«Wir sollten unsere Rechte und Freiheiten niemals als selbstverständlich ansehen. Pflegen wir sie, leben wir sie und fördern wir sie.»

henden Menschenrechts- und Rechtsstaatlichkeitsstandards basiert. Die Verhandlungen sind bereits im Gange. Wir wollen den Vertrag bis Mitte 2024 fertigstellen. Er wird in Europa ausgearbeitet, aber es ist ein Vertrag mit dem Potenzial, die Zusammenarbeit und die politische Entscheidungsfindung auf globaler Ebene zu fördern.

Menschenrechte werden auch stets neu gedeutet und ausgelegt. Heute rufen immer mehr Menschen die Justiz an, weil Entscheidungsträger:innen nicht genug gegen die Klimaerwärmung tun. So etwa die Schweizer Klimaseniorinnen. Wie schätzen Sie solche Entwicklungen ein?

Der September 2023 war in weiten Teilen Europas – auch in der Schweiz – der heisseste September aller Zeiten. Dies ist kein Zufall, sondern das Ergebnis menschlichen Handelns. Das Bewältigen der «dreifachen Planetenkrise» mit Klimawandel, Umweltverschmutzung und Biodiversitätsverlust ist eine existenzielle Herausforderung. Unsere Mitgliedstaaten haben die Wahl: Entweder sie stellen sich dem Problem, indem sie die besten politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen festlegen, um diese Krise unverzüglich anzugehen. Oder die Justiz wird dafür sorgen – wie es bereits vor nationalen und internationalen Gerichten geschehen ist,

einschliesslich unseres eigenen Strassburger Gerichtshofs. Es ist an der Zeit, dass sich die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsträger:innen bewegen und die Menschheit zielgerichtet und bewusst in eine andere Richtung führen. Denn wenn wir so weitermachen, werden wir schlafwandelnd aussterben. Die Leute haben Recht, wenn sie Massnahmen fordern: Wir alle müssen unseren Teil dazu beitragen.

Die Schweiz ist nun seit 60 Jahren Mitglied im Europarat. Welchen Beitrag leistet sie dort konkret?

Dieses Jahr feiern wir in der Tat die 60-jährige Mitgliedschaft der Schweiz in unserer Organisation. In diesen Jahrzehnten war die Schweiz ein engagierter und proaktiver Mitgliedstaat, der seine Rolle in unserem Ministerkomitee voll wahrgenommen, eine Delegation in die Parlamentarische Versammlung entsandt und einen Richter, eine Richterin am Gerichtshof gestellt hat. Der Beitrag der Schweiz war entscheidend für unsere gemeinsame Arbeit zum Schutz der Grundrechte aller Europäer:innen. Zugleich profitieren alle in der Schweiz von den Rechten und Freiheiten, die in unserer Europäischen Menschenrechtskonvention verankert sind. Ich bin sicher, dass diese Beziehung in den kommenden Jahren noch stärker werden wird, zum Nutzen aller.

Was wünschen Sie sich für Europa?
Frieden.

Welche Botschaft möchten Sie unseren Leser:innen abschliessend mitgeben?

Der Europarat hat einen Raum ohne Todesstrafe geschaffen. Die Rechte von Frauen und Kindern, LGBTQ+-Menschen und nationalen, sprachlichen und religiösen Minderheiten sind besser geschützt als je zuvor. Unsere Sicherheit und unsere Rechte – einschliesslich unsere Privatsphäre – werden online in einem Masse geachtet, wie es sonst nicht der Fall wäre. Dies sind nur einige Beispiele dafür, wie diese Organisation auch weiterhin das Leben aller Menschen verbessert. Nächstes Jahr wird der Europarat sein 75-jähriges Bestehen feiern. In all diesen Jahren haben wir an einem besseren Europa gearbeitet. Wir sollten unsere Rechte und Freiheiten niemals als selbstverständlich ansehen. Pflegen wir sie, leben wir sie und fördern wir sie. ★

Eine Institution zum Schutz unserer gemeinsamen Werte

von **Francine John Calame**, ehemalige Nationalrätin und Mitglied der Parlamentarischen Versammlung beim Europarat

Als Nationalrätin hatte ich das grosse Privileg, während vier Jahren (2008–2012) in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats mitarbeiten zu können – einer Versammlung aus Vertreter:innen von 46 europäischen Ländern (die Russische Föderation wurde nach ihrem Angriff auf die Ukraine ausgeschlossen).

Gemeinsame Werte

Der Europarat befasst sich – basierend auf gemeinsamen Werten, anhand derer sich unser Kontinent weiterentwickeln muss – ausschliesslich mit drei Themenbereichen: Förderung der Demokratie, Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte.

Angesichts der unterschiedlichen Definitionen und Auslegungen in den Mitgliedstaaten ist die Arbeit der Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung immens. Die Parlamentarier:innen arbeiten darauf hin, die Normen so genau wie möglich zu definieren, damit sie überall mit den gleichen Standards umgesetzt werden können. Einige Regierungen stellen diese Arbeit regelmässig in Frage, weil sie sich möglichst vage Standards mit grösserem Interpretationsspielraum wünschen.

Konkrete Schritte zur Förderung der Menschenrechte

Während meiner Zeit in Strassburg befasste sich der Europarat unter anderem mit Gewalt gegen Frauen, auch «Femizide» genannt. Dank zunehmenden Bewusstseins für dieses Problem im Europarat fand in allen Mitgliedsländern eine grosse Präventionskampagne statt. Sie trug dazu bei, die physischen und/oder psychischen Übergriffe – die zwar im privaten Familienkreis geschehen, aber nicht länger verschwiegen und versteckt werden dürfen – ans Licht zu bringen und zu benennen. Die Kampagne hat meiner Meinung nach zu einer wirksameren Bekämpfung solcher Verbrechen geführt. Es ist ein Fortschritt und ein konkreter Beitrag des Europarats zur Achtung der

Menschenrechte in Europa. Aber es bleibt noch viel zu tun.

Im selben Zeitraum erhielt mein Kollege Dick Marty vom Europarat den Auftrag, die von der CIA auf europäischem Boden eingerichteten Geheimgefängnisse zu untersuchen. Die Inhaftierungen auf blossen Verdacht hin zeigten menschenrechtswidrige Praktiken und wurden scharf angeprangert. Dick Marty war es auch, der den Organhandel im Kosovo während des Balkankrieges aufdeckte. Diese beiden Untersuchungen brachten ihm grosse Schwierigkeiten ein – aber das zeigt nur, wie notwendig Institutionen wie der Europarat sind.

Für eine stärkere Förderung der Demokratie

Es ist wünschenswert, dass sich der Europarat noch aktiver mit der Förderung der Demokratie in seinen Mitgliedstaaten befasst und dabei das Bewusstsein für die demokratischen Freiheiten und Vorteile stärkt. Unsere Demokratie darf nicht nur einer Elite aus Hochschulabsolvent:innen gehören; sie muss in allen Schichten der Gesellschaft verankert sein.

Hier besteht noch Potenzial. Wir müssen einen grösseren Teil der Bevölkerung erreichen, damit sich mehr Menschen mit der Verteidigung und Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit befassen. Der Europarat könnte beispielsweise ein Programm für Schulen ins Auge fassen, um das Bewusstsein für den Wert der Demokratie zu heben. Denn die Demokratie ist für das Gedeihen unseres Kontinents von entscheidender Bedeutung.

Heutzutage ist es aufgrund der zunehmenden Rückbesinnung auf Identitäten und des Erstarkens rechtsextremer Parteien unerlässlich, den Europarat als Ort des Dialogs und des Austauschs zu stärken, um die gemeinsamen Werte zu verteidigen. ★



© Francine John Calame

FRANCINE JOHN CALAME war zehn Jahre lang, von 2005 bis 2015, Mitglied des Nationalrats. Sie engagierte sich bei den Grünen und war auch Mitglied des Neuenburger Grossen Rats (1993–2002) und des Gemeinderats von Cerneux-Péquignot (2004–2008). Francine John-Calame leitete die Vereinigung zum Schutz von Arbeitslosen in La Chaux-de-Fonds. Zudem war sie als Leiterin des Informationsbüros für Konsument:innen bei der *Fédération romande des consommateurs (FRC)* tätig. Im Jahr 2003 schloss sie eine Ausbildung zur Familienmediatorin ab. Francine John Calame ist Kassierin und Vorstandsmitglied der Sektion Neuenburg der Europäischen Bewegung Schweiz.



Zukunft wählen, für eine starke Europa-Koalition im Parlament

von **Janina Aeberhard**, Stv. Generalsekretärin, und
Raphaël Bez, Generalsekretär der Europäischen Bewegung Schweiz



© Europäische Bewegung Schweiz



© Europäische Bewegung Schweiz



© Europäische Bewegung Schweiz



Am 22. Oktober hat die Schweiz ein neues Parlament gewählt. Die Wahlen boten die Chance, die Weichen für eine starke und breite Europa-Koalition im Parlament zu stellen. Über 430 Kandidierende aus sieben Parteien haben sich an der Kampagne «Zukunft wählen» beteiligt und haben im Wahlkampf Haltung für mehr Europa gezeigt.

Es ist ein grosses Privileg, dass wir in der Schweiz mindestens alle vier Jahre unser Parlament direkt wählen dürfen. So haben wir alle vier Jahre die Gelegenheit, über die Richtung zu diskutieren, die unser Land in vielen Bereichen, einschliesslich der Beziehungen zu Europa, einschlagen soll.

Mehr Europa im Parlament

Die Rolle des Parlaments in der Europapolitik ist nicht zu unterschätzen. Alle Kommissionen verfolgen die gesetzgeberischen Entwicklungen in der Europäischen Union aufmerksam. Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats hat sogar beschlossen, in der nächsten Legislatur eine ständige Subkommission für Europafragen einzurichten. Für die Europäische Bewegung Schweiz war deshalb schnell klar, dass ein überparteiliches Engagement im Rahmen der nationalen Wahlen notwendig ist, um die Kandidierenden zu ermutigen, Stellung zu beziehen. Ziel der Kampagne war es, für die nächste Legislaturperiode die «Europa-Koalition» im Parlament zu stärken.

Mehr als 430 Kandidierende aus allen Sprachregionen und Altersgruppen haben an unserer Kampagne «Zukunft wählen» teilgenommen – ein Erfolg, der uns überrascht und vor allem gefreut hat! Die Kandidierenden unterzeichneten eine Deklaration und bekannten sich klar zu engen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU sowie zu einer Vertiefung der europäischen Integration unseres Landes.

Europa als Wahlkampfthema

Neben der Unterstützung der Kandidierenden wollten wir auch dazu beitragen, Europa zu einem Wahlkampfthema zu machen. Zu diesem Zweck organisierten wir zunächst zwei Online-Workshops über die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU, die sich ausschliesslich an die Teilnehmenden unserer Kampagne richteten. Ausserdem veröffentlichten wir ein «Europa-Argumentarium» (auf unserer Website verfügbar), welches das Rüstzeug für eine fundierte Debatte über den Platz der Schweiz in Europa bereitstellt.

Erstmals haben wir auch einen Vergleich der Parteipositionen zu Europa erstellt. Angelehnt an unsere Europa-Studie vom Dezember 2022 wurden verschiedene Bereiche der Zusammenarbeit – wie Sicherheit, Energie, Digitales oder Umweltschutz – behandelt. Diese Tabelle ermöglichte es, mit umfangreicher Kenntnis der Parteipositionen zu wählen.

Dank unserer Sektionen konnten wir wiederum eine Europatour mit insgesamt neun Etappen durchführen. In der ganzen Schweiz wurden verschiedene Veranstaltungen organisiert – von Genf bis Chur und von Basel bis ins Tessin, über Neuchâtel, Lausanne, Bern, Zürich und Luzern. Kandidierende aus allen Parteien haben daran teilgenommen.

Bilanz der Kampagne

Zu unserem grossen Bedauern war Europa als Wahlkampfthema insgesamt kaum präsent. Trotzdem sind wir mit dem Ergebnis der Kampagne zufrieden. Mit über 60 von «unseren» (wieder)gewählten Kandidat:innen haben wir unser Ziel erreicht. Darüber hinaus konnte mit allen über 430 Teilnehmenden ein ausgezeichnete Kontakt hergestellt werden. Wir freuen uns darauf, diesen zu pflegen und weiterhin gemeinsam die «Zukunft zu wählen», sei es im Parlament oder ausserhalb. Die Zukunft der Schweiz ist europäisch. Wir hoffen, dass das neue Parlament dies auch sein wird! ★

Eine Woche in Brüssels Warteraum

von **Kaspar Schuler**, Teilnehmer der Brüssel-Reise vom 18.–22. September 2023, organisiert von der Europäischen Bewegung Schweiz

Exakt in jener Septemberwoche, als der neue Staatssekretär Alexandre Fasel nach Brüssel zur Antrittsvisite kam, organisierte die Europäische Bewegung Schweiz eine Reise nach Brüssel.

Dienstag: Landezonen hinter Weissweinschwaden

Besuch bei der Union der Benelux-Staaten. Sie fühlen sich wohl als Nukleus der EU und wollen Vorreiter bleiben, wie mit der Errichtung des *Pentalateral Energy Forums*, das einen europäischen Energiebinnenmarkt entwirft, woran sogar die Schweiz mitdenke. Woher kommt ihre Zuversicht? Sie erhielten viel mehr innerhalb als ausserhalb der EU, heisst es lapidar.

Auf der Schweizer Vertretung bei der EU hingegen wird klar, dass hier die Nerven eher blank liegen. Am liebsten möchte man schweigen. Mehr erfahren wir von anderen Leuten, bei Käsehäppchen und einem Glas Weisswein, die es abends bei den *Friends of Switzerland* gibt. Allseits wird betont, man stehe an einem ganz anderen Ort als vor einem Jahr. Die bundesrätlich viel beschworenen «Landezonen» würden sich konkretisieren.

Mittwoch: In der Permakrise

Beängstigend oder erstaunlich? Zwei Vertreterinnen der Grünen Partei Europas wie auch der Vertreter des Thinktanks *European Policy Centre* sprechen von den gleichen Gefahren. Seit 2008 schüttle eine Anhäufung von Krisen ganz Europa. Daraus entstünde der Vormarsch antidemokratischer Parteien, von den Konservativen zum Teil mitgetragen. Alle blicken gebannt auf die Europawahlen 2024 – und die späteren Wahlen in den USA.

Die Vertretenden von *Business Europe* – mit der *economiesuisse* als Mitglied – betonen die Wichtigkeit der frühzeitigen Lobbyings, noch bevor Gesetzesvorschläge ihren Weg durch die Institutionen nehmen. Auf dem Heimweg der Gedanke: Unsere Wirtschaft steht mit dem Schöpflöffel an den EU-Töpfen, als Land aber wollen wir Europa nur mit Gewürzbeigaben unterstützen.

Donnerstag: Vorsicht

Eine positive Bilanz der EU-Zusammenarbeit wird beim EFTA-Sekretariat gezogen. Unter dem Strich hätten die EWR-Länder ungefähr gleich viel Einfluss wie Dänemark oder Österreich als EU-Mitglieder. Faktisch werde nichts diktiert, sondern ausgehandelt. Könnte die Schweiz in den EWR? Die Antwort lässt aufhorchen: Es sei nicht sicher, ob man die Schweiz mit ihrem heutigen Misstrauen gegenüber der EU in der Runde haben möchte.

Freitag: Weisses Rauch?

Das Gebäude der EU-Kommission erscheint abweisend. Unsere Gesprächspartner:innen hingegen geben bereitwillig und zugewandt Auskunft. Das Klima der Sondierungsgespräche sei gut, alle wollen zum Abschluss kommen, im Bewusstsein, dass es die Schweiz hier brauche. Steht es bereits, dieses «Common Understanding»-Dokument, das die Grundlage zu echten Verhandlungen bilden wird? Wir werden einerseits getröstet: Man habe noch bis Jahresende Zeit, auch wenn die ganzen Verhandlungen bis zu den Europawahlen, spätestens Ende 2024 abgeschlossen sein müssen. Andererseits: Die Abmachungen werden rund ein Dutzend Seiten umfassen, so geschrieben, dass es von allen verstanden werden könne. Wie bitte, eine Veröffentlichung? Natürlich – zumindest aus der Sicht der EU-Kommission.

Auf der Zugreise heimwärts blättere ich durch meine Notizen. Der höflich geäusserte Klartext fällt auf, beim Besuch der Ständigen EU-Vertretung Belgiens: Die EU wolle kein zweites Desaster mit der Schweiz. Die Finalisierung müsse gelingen. Sicher sei aber auch, dass man so wie bisher nicht weiter zusammenarbeiten kann. Doch merkt die Schweiz, dass sich der Rest Europas fragt, warum wir uns nicht endlich an den gemeinsam gedeckten Tisch setzen? Meine Grenzübertritte verlaufen problemlos. Wie lange noch? ★



© Darko Todorovic

KASPAR SCHULER ist Geschäftsführer der internationalen Alpenschutzorganisation CIPRA (www.cipra.org) mit Sitz in Liechtenstein. Die CIPRA bringt seit ihrer Gründung 1952 Menschen und Organisationen über sprachliche, kulturelle, geografische und politische Grenzen hinweg zusammen, die sich für die nachhaltige Entwicklung in den Alpen einsetzen. Schuler wohnt im Kanton Graubünden, wo es ihn immer wieder in Hochtäler wie Bercla, Curciousa oder Madris zieht – wo es nur noch Wasser, Wind und weite Weiden unter Wolken gibt. Im Herzen aber ist Schuler ganz klar Europäer.



Die Wiederentdeckung eines europäischen Gefühls

von **Joshua Saurugger**, Präsident der Sektion Waadt der Europäischen Bewegung Schweiz



© Joshua Saurugger

Wenn ich sage, ich sei der Präsident der Waadtländer Sektion der Europäischen Bewegung, verstehen die Leute nicht, weshalb ich den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union will. Und sie begreifen nicht, was wirklich auf dem Spiel steht.

Verlust des europäischen Empfindens

Obwohl Europa in unserem Alltag präsent ist, sind die Schweizer:innen kaum interessiert an diesem so zentralen Thema. Da ich einige Jahre nach der Abstimmung vom 6. Dezember 1992 zur Welt kam, kann ich mir nur schwer vorstellen, dass sich ein Grossteil der Schweizer:innen damals für Europa begeisterte.

Was ist seither passiert? Als historische Demokratie auf dem europäischen Kontinent müsste die Schweiz eine echte Debatte darüber führen, welchen Platz sie in der Welt einnehmen und wohin sie sich entwickeln will. Erstaunlich, dass diese Grundsatzdiskussion im Land der direkten Demokratie noch nicht stattgefunden hat.

Globale Herausforderungen

Die internationalen Herausforderungen sollten uns dazu veranlassen, eine echte Annäherung an die EU zu suchen. Wir leben in einer multipolaren Welt, was zunehmende Instabilität zur Folge hat. In dieser gespaltenen Welt muss die EU unsere engste Verbündete sein, dies sowohl aus geografischen Gründen als auch in Bezug auf unsere Werte.

Auch Klima- und Energiefragen können wir nur auf internationaler Ebene lösen, wobei die EU mit ihrem Green Deal für Europa führend ist. Herausforderungen im Bereich der Migration werden wir ebenfalls nicht allein lösen können – auch hier schreitet die EU mit dem Europäischen Pakt zu Migration und Asyl voran.

Demokratische Fragen

Wir hören immer wieder, die EU sei nicht demokratisch. Zwar ist die direkte Demokratie kein Instrument der EU, aber ihre po-

litische Grundlage ist der Kompromiss. Die Europäische Kommission vertritt verschiedene politische Richtungen, im Europäischen Parlament hat keine Fraktion eine Mehrheit, und die Entscheidungen, die im Europäischen Rat von den (demokratisch gewählten) Staats- und Regierungschef:innen getroffen werden, basieren auf Kompromissen.

Die Schweiz würde sich in einem solchen System nicht fehl am Platz fühlen, sie lebt es jeden Tag. Natürlich ist die EU-Demokratie nicht perfekt, aber die unsere ist es auch nicht. Alle Demokratien können und müssen sich verbessern.

Aktivitäten der Sektion

In der Sektion Waadt organisieren wir unterschiedliche Veranstaltungen zu Europa, zum Beispiel mit unseren «Déjeuners européens» zu Themen wie Cybersicherheit oder den militärischen Herausforderungen durch den Krieg in der Ukraine. Wir organisieren auch Konferenzen, etwa über die von Autokratien ausgehenden Probleme für Europa.

Im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen haben wir auch eine Europa-Debatte mit den wichtigsten politischen Parteien veranstaltet. Unsere nächste Sorge wird es sein, junge Menschen davon zu überzeugen, sich uns anzuschliessen – damit die Sektion noch lange bestehen und das Thema Europa weiterverfolgt werden kann. ★

20 Jahre «Challenge Europe» – Europapolitik vor Ort erleben

von **Magdalena Schwarzmüller**, Co-Organisatorin des «Challenge Europe» 2023

Anfang September fand das jährliche «Challenge Europe», eine Studienreise der yes nach Strassburg, Luxemburg und Brüssel statt. Bereits zum 20. Mal machten wir uns auf den Weg, um die europäischen Hauptstädte mit ihren verschiedenen Institutionen zu erkunden.

Bei unserem ersten Halt in Strassburg besuchten wir zunächst den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Im Gespräch mit einer Schweizer Gerichtsschreiberin tauschten wir uns über ihre Arbeit, die Funktionsweise des Gerichtshofes und die Einhaltung der Menschenrechte aus. Am Nachmittag machten wir uns mit Freunden der Jungen Europäischen Föderalisten Baden-Württemberg auf den Weg zum Europäischen Parlament. Dort begann gerade die Sessionswoche. Zuvor hatten wir in Gesprächen mit den Europaabgeordneten Anna Deparnay-Grünenberg (Grüne) und Rainer Wieland (CDU) über den Umgang mit dem Rechtsruck und Populismus, aber auch über Umwelt, Klima und den Ausbau des Nachtzugnetzes diskutiert. Erstmals gab es einen Zwischenstopp in Luxemburg, um den Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu besichtigen. Wir lernten viel über die Sprachenvielfalt am EuGH, einer europäischen Institution mit Französisch als Arbeitssprache – eine Tatsache, die mehr als 70 Dolmetscher:innen nötig macht.

Der letzte Stopp unserer Reise war in Brüssel, wo wir unter anderem die Europäische Kommission, die NATO und die Schweizer Mission bei der EU besuchten. Ausserdem hatten wir die Möglichkeit, beim Europäischen Rat mit Thérèse Blanchet zu sprechen. Als Generalsekretärin trägt sie unter anderem dazu bei, dass die Treffen der Staats- und Regierungschef:innen der EU-Mitgliedstaaten reibungslos ablaufen. Doch an diesem Morgen nahm sie sich viel Zeit, um in netter Atmosphäre all unsere Fragen zu ihrer Arbeit, dem Europäischen Rat im Allgemeinen und den aktuellen politischen Themen zu beantworten.

Unsere einwöchige Reise war ein voller Erfolg. Die yes ermöglicht mit dem «Challen-



Gruppe des «Challenge Europe» 2023 beim Europäischen Rat mit Thérèse Blanchet.

© young european swiss | yes

ge Europe» Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen hautnahen Einblick in die Funktionsweise und Bedeutung der EU. Bei Gesprächen mit verschiedensten Akteur:innen unterschiedlicher Institutionen gewinnen die Teilnehmenden neue Erkenntnisse über die Strukturen, Prozesse und die politischen Herausforderungen in der EU, auch im Hinblick auf die Beziehungen zur Schweiz. Die Reise fördert damit nicht nur das politische Bewusstsein der Teilnehmenden, sondern ermöglicht ihnen auch, ihre eigene Meinung zu europäischen Themen zu entwickeln und zu reflektieren.

Neben den inhaltlichen Aspekten ist das «Challenge Europe» auch eine Gelegenheit, andere junge europainteressierte Menschen kennenzulernen, sich zu vernetzen und spannende Themenschwerpunkte in Workshops zu vertiefen. Um eine Vernetzung mit ehemaligen Teilnehmenden zu ermöglichen, haben wir ein Alumni-Treffen organisiert. Beim «After Challenge Apéro» in Bern trafen sich zum ersten Mal die verschiedenen Challenge-Generationen, um in Erinnerungen zu schwelgen und sich über die Erlebnisse auszutauschen.

Wir freuen uns auf weitere Alumni-Events und auf das nächste «Challenge Europe»! ★



Werde Mitglied der yes!
Alle Infos sind auf unserer
Webseite: www.y-e-s.ch

Europawahlen 2024 – eine Richtungsentscheidung für unseren Kontinent

von **Dr. Linn Selle**, Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland

© Europäische Bewegung Deutschland



LINN SELLE engagierte sich ehrenamtlich zunächst jugendpolitisch und verbandspolitisch in der Europapolitik. Von 2010 an war sie im Bundesvorstand der Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland (JEF Deutschland) aktiv, 2012 bis 2014 als deren stellvertretende Bundesvorsitzende und von Juni 2013 bis November 2014 agierte sie als Bundessekretärin. Für ihr Engagement bei den JEF Deutschland wurde Linn Selle mit dem Preis «Frauen Europas 2014» ausgezeichnet. Seit 2018 ist sie die Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland. Selle hat einen Bachelor in Politikwissenschaft und einen Master in European Studies. 2017 promovierte sie an der Europa-Universität Viadrina zur Rolle von Europäischem Parlament und Deutschem Bundestag bei den Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen der EU 2014–2020. Hauptberuflich ist Linn Selle seit Juni 2021 als Leiterin des Referats Europa in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund tätig.

Während in der Schweiz weiterhin über die grundsätzliche Art der Beziehung zur EU gerungen wird, hat Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen mit der Rede zur Lage der Europäischen Union den Auftakt zu einem europapolitischen Highlight-Jahr eingeläutet, dessen Krönung die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2024 sein werden.

Bis zu den Europawahlen vom 6. bis 9. Juni 2024 wird es noch viel zu diskutieren geben, denn in den kommenden Monaten erwarten uns viele europapolitisch bedeutsame Debatten: vor allem die Fragen der Reform und zukünftigen Erweiterung der Europäischen Union. Denn die Reformen sollen nicht nur den Weg zu einer gelungenen EU-Erweiterung bereiten, sondern sie bieten auch die Möglichkeit und Notwendigkeit, die Europäische Union als Ganzes demokratischer, rechtsstaatlicher, handlungsfähiger und damit zukunftsfähiger zu gestalten.

Die Europawahlen kommenden Jahr werden eine Richtungsentscheidung für unseren Kontinent sein. Kern der Frage wird sein, ob die demokratischen, pro-europäischen Parteien in ihren vielen unterschiedlichen Färbungen es weiterhin schaffen, die europaweit erfolgreichen Autokrat:innen, Populist:innen und Demagog:innen einzudämmen. Denn nur so wird ein liberales, demokratisches Europa in der Lage sein, die Herausforderungen der Zukunft europäisch zu meistern, anstatt in nationaler Kleinstaaterei und inneren Konflikten in der globalen Bedeutungslosigkeit zu verschwinden.

Europäischer Wahlkampf

Dazu benötigt es einen erfolgreichen Europawahlkampf, der für mich vor allem eines bedeutet: dass er europäisch geführt wird.

Es muss öffentlich um europäische Positionen gerungen werden und nicht in 27 Mitgliedstaaten um jeweils einzelne nationale Themen. Denn die Europäische Union und ihre Entscheidungen sind nichts Abstraktes, sondern berühren jede und jeden Einzelnen von uns – egal ob im Privaten, an der Arbeitsstelle oder als Unternehmerin und Unternehmer. Es muss um europäische Sachthemen gehen wie die richtige Balance von Klimaschutz und Wirtschaftspolitik, den richtigen Ansatz für die Aussen- und Sicherheitspolitik genauso wie für die Wirtschafts- und Energiepolitik. Auch die institutionellen Fragestellungen der Europäischen Union müssen ein Teil der Debatte sein. Legen wir das Prinzip der Einstimmigkeit in die Mottenkiste und kommen zu mehr Handlungsfähigkeit und geben wir dem Europäischen Parlament das Recht, eigene Gesetzesinitiativen vorzulegen? Das sind entscheidende Fragen für unser zukünftiges Zusammenleben und für den Erfolg der Europäischen Union.

Institutionelle Fragen

Ich fordere die pro-europäischen Parteien daher auf, neben den europäischen Fachpolitiken auch die institutionellen Fragen zur Stärkung der europäischen Demokratie und ihrer Handlungsfähigkeit im Wahlkampf prominent zu behandeln und stets in einem europäischen Reflex zu denken. Denn das Versprechen einer sicheren, handlungsfähigen und demokratischen Europäischen Union muss ab 2024 Hauptaufgabe des neuen Europäischen Parlaments, der neuen Europäischen Kommission und nicht zuletzt der Mitgliedstaaten sein.

Um diesen Weg erfolgreich zu gestalten, sind wir als Europäische Bewegungen und unsere Mitgliedsorganisationen gefragt, uns in die Debatten einzubringen: Denn Europa ist zu wichtig, um es allein der Politik zu überlassen. ★

Neuste Publikation



Die Politische Kommission der Europäischen Bewegung hat im Oktober 2023 ein «Europa-Argumentarium» veröffentlicht. Darin wird die Europa-Krise, in der sich die Schweiz befindet, klar und prägnant dargelegt und es werden verschiedene Wege aus der Sackgasse vorgeschlagen. Allen voran die Option des Europäischen Wirtschaftsraums. Die Publikation räumt auch mit einer Reihe von Mythen auf – mit jenen zur direkten Demokratie bis hin zu den sogenannten fremden Richter:innen. Und schliesslich stellen die Autoren die Europäische Union so dar, wie sie ist: sozial, engagiert gegen den Klimawandel, geopolitisch. ★

Neuste Podcastfolgen



Kennen Sie schon unseren zweisprachigen Podcast «Von Bern nach Brüssel»? Falls nicht, sollten Sie sich auf jeden Fall die dritte Staffel anhören, die sich den grossen Herausforderungen der EU widmet. Ob Klimaerwärmung, digitaler Wandel oder Verteidigung – es müssen europäische Antworten gefunden werden. Dank der Beiträge von Expert:innen, darunter mehrere Mitglieder des Europäischen Parlaments, erfahren Sie mehr über die Strategien und Politiken der EU und ihrer Mitgliedstaaten – Grüner Pakt, Strategischer Kompass oder Digital Markets Act. ★

Neuster Blog-Beitrag



In seinem Beitrag geht Dominik Elser, Vizepräsident der Europäischen Bewegung Schweiz, auf den Beschluss der ausserordentlichen Generalversammlung vom 9. September ein: Die «Europa-Initiative», getragen unter anderem von den Grünen und der Operation Libero, wird von uns vorbehaltlich redaktioneller Änderungen unterstützt. Dominik Elser betont darin insbesondere, wie wichtig es ist, eine breite pro-europäische Allianz zu bilden, welche die europäische Integration der Schweiz wieder in Gang zu bringen vermag. Denn eines ist sicher: Den «bilateralen Weg», wie wir ihn kannten, gibt es nicht mehr. ★



Herausgeberin

Europäische Bewegung Schweiz

Redaktion

Janina Aeberhard, Raphaël Bez
Magazin europa.ch, Europäische Bewegung Schweiz, Postfach, 3001 Bern,
+ 41 31 302 35 36, magazin@europa.ch

Autor:innen

Janina Aeberhard, Sibel Arslan, Raphaël Bez,
Francine John Calame, Damien Cottier, Joshua Saurugger, Kaspar Schuler, Magdalena Schwarzmüller, René Schwok, Linn Selle, Claude Wild

Übersetzung und Lektorat

Janina Aeberhard, Raphaël Bez, Toni Koller, Moyra Strub

Konzept

Nicolas Peter

Druck

Stämpfli Kommunikation AG, Bern

Auflage

2550 auf Deutsch, 1550 auf Französisch

Titelseite

© Council of Europe

Postkonto und IBAN

30-9024-9 | CH14 0900 0000 3000 9024 9

Sind Sie daran interessiert, in einer der nächsten Ausgaben des Magazins europa.ch zu inserieren, wenden Sie sich bitte ans Sekretariat unter magazin@europa.ch.

Anzeige

EVENT RAUM

- ▶ 3 Min. vom Bahnhof, im Herzen von Bern
- ▶ bis 80 Leute | 120m2
- ▶ für Events, Kurse, Sitzungen, Lesungen (einmalig oder regelmässig)
- ▶ gut ausgestattet + multifunktional

Gleich mieten!



europa.ch/eventraum





Tischprogramm **Udina** – expressiv in Form und Materialität: eine super-elliptische Massivholzplatte getragen von einem skulpturalen Betonsockel. Design: Mathias Seiler. Dazu ideal passend: Stuhlprogramm **Calina** mit besonderem Sitzkomfort dank organischer Rundform. Design: Markus Dörner
www.girsberger.com

